

Für ein soziales und gerechtes Hessen



Vorschläge zum
Landeshaushalt 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

Für ein soziales und gerechtes Hessen
Vorschläge zum Landeshaushalt 2011

Verantwortlich

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-3506090
Fax: 0611-3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.

Willi van Ooyen, MdL
Fraktionsvorsitzender

Redaktion

Stefan Würzbach, Jasmin Romfeld

Wiesbaden, Januar 2011

Inhaltsverzeichnis

Für ein soziales und gerechtes Hessen	4
Haushaltspolitische Schwerpunkte 2011	6
Kommunale Finanzsituation	8
Gerechte Steuern bringen Mehreinnahmen	10
Soziales – Arbeit - Integration	11
Bildung – Wissenschaft – Kunst	13
Wirtschaft – Verkehr	17
Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume	19
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration	22
Übersicht: LINKE Initiativen für den Landeshaushalt 2011	28 – 29
Bildnachweis	31
Impressum	2

Für ein soziales und gerechtes Hessen



Hermann Schaus

Willi van Ooyen

Marjana Schott

Dr. Ulrich Wilken

Janine Wissler

Barbara Cárdenas

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit unseren Vorschlägen zum Landeshaushalt 2011 wollen wir aufzeigen, dass durch eine gerechte Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum von oben nach unten ein sozial gerechteres Hessen möglich ist. Damit legen wir einen Gegenentwurf zum schwarz-gelben Kürzungshaushalt vor.

Wir wollen verstärkt in Bildung, Soziales und Umwelt investieren, also in die Bereiche, bei denen die Landesregierung regelmäßig den Rotstift ansetzt. Diese Ausgaben finanzieren wir durch eine sozial gerechte Besteuerung, die endlich auch große Vermögen in die Pflicht nimmt. Die Wiedererhebung einer Vermögensteuer, die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer und einer Großensteuer brächten dem Land Hessen bis zu 2,1 Milliarden Euro Mehreinnahmen.

Die Landesregierung plant für das Jahr eine Netto-Neuverschuldung von 2,2 Milli-

arden Euro. Durch unsere Vorschläge würde die Netto-Neuverschuldung um insgesamt 215 Millionen Euro gesenkt. Denn auch wenn ein ausgeglichener Haushalt angesichts der immer noch angespannten wirtschaftlichen Lage im Jahr 2011 nicht möglich ist, muss es Ziel einer verantwortungsvollen Finanzpolitik sein, Staatshaushalte langfristig zu konsolidieren und auf eine solide Einnahmehasis zu stellen.

Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Kommunen mit einem Sonderopfer von 344 Millionen Euro dazu beitragen, den Landeshaushalt zu sanieren, bei den öffentlichen Hochschulen werden 30 Millionen Euro gestrichen, bei den Schulen 45 Millionen Euro. Insgesamt werden die Landesausgaben um über 600 Millionen Euro gekürzt.

Das ist der Auftakt einer Kürzungspolitik, die mit Hilfe der Schuldenbremse zum finanzpolitischen Maßstab werden soll. Denn in den nächsten Jahren sollen die Kürzungen in ähnlicher Höhe fortgesetzt werden. Dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt im Land schon heute und verhindert Investitionen in die Zukunft kommender Generationen – nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus.

Wenn die notorischen Steuersenker vom Schuldenabbau reden, dann ist äußerste Vorsicht geboten. Die Hessische Landesregierung beteiligte sich in den letzten Jahren immer wieder im Bundesrat daran, die Steuern in Milliardenhöhe zu senken. Deshalb fehlen dem Land seit 1999 Einnahmen in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum baute Hessen Personal ab, verschlechterte die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und ging dazu über, öffentliche Einrichtungen zu privatisieren: Das Land gab durch Steuersenkungen die Möglichkeiten auf, Politik sozial zu gestalten.

Die Logik ist immer die gleiche: Erst werden die Steuern gesenkt, um die, die es nicht nötig haben, zu entlasten. Anschließend hören wir, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten, dass die Einnahmen des Staates sinken und wir den Gürtel enger schnallen sollen. Auf Steuersenkungen für einige Wenige folgen Sozialabbau und Kürzungen für die Mehrheit der Menschen.

Das ist der Beweis, dass CDU und FDP aus der Wirtschafts- und Finanzkrise keine Lehren ziehen und auf die sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen keine Antworten wissen.

Verantwortliche Finanzpolitik bedeutet nicht Haushaltskonsolidierung zulasten kommender Generationen. Wir wollen einen handlungsfähigen und sozial gerechten Staat. Dazu brauchen wir Zukunftsinvestitionen, die nachhaltig den ökologischen Strukturwandel, ein gutes Bildungssystem und eine sozial gerechte Politik vorantreiben.

Dafür braucht der Staat höhere Einnahmen durch eine gerechte und solidarische Steuerpolitik, die auf Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit als tragenden Säulen beruht.

Haushaltspolitische Schwerpunkte 2011

CDU, FDP, SPD und Grüne im Landtag haben eine so genannte Schuldenbremse auf den Weg gebracht. Sie behaupten, dass das Land Hessen damit ab dem Jahr 2020 ohne neue Schulden auskommen könne. Tatsächlich geht es aber um einen Blankoscheck für Sozialabbau. Denn, wer die Staatsfinanzen sanieren will, braucht keine Schuldenbremse, sondern höhere Einnahmen aus Steuern für Reiche.

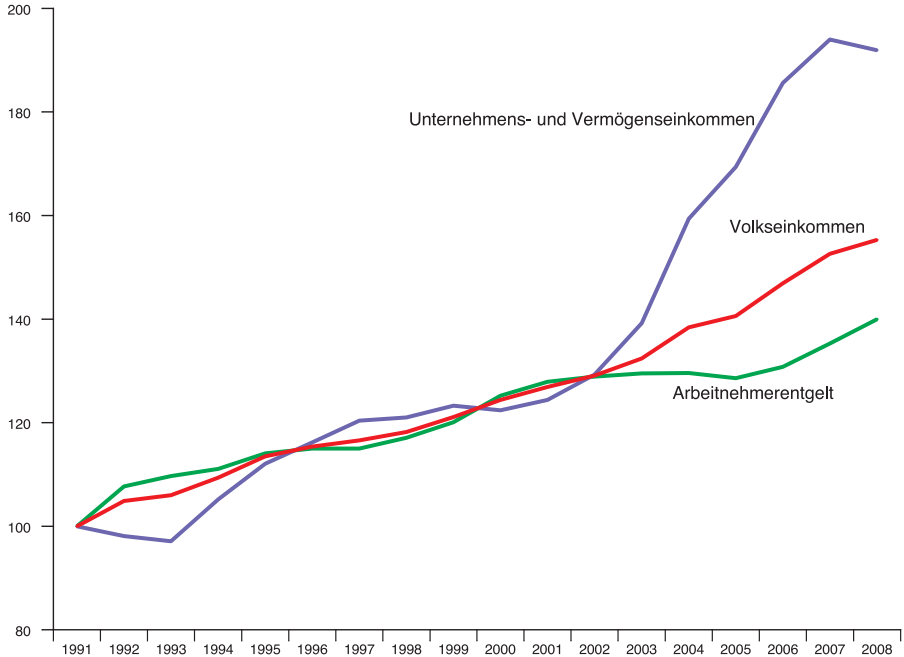


Abb. 1 Arbeitseinkommen bleiben seit Jahren weit hinter den Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit zurück

Die Landesregierung argumentiert, dass die Kürzungen, die sie bei den Kommunen und in der Bildung vornimmt, notwendig sind, um die Schuldenbremse einzuhalten. Solche Kürzungen treffen aber vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind. Schuldenbremse heißt Sozialabbau.

Deshalb fordern wir, dass die Hessische Landesregierung Steuergeschenke für Vermögende im Bundesrat ablehnt. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Einführung der Großerbensteuer, eine moderate Anhebung der Grunderwerbsteuer und ein besserer Steuervollzug sind nötiger denn je. Damit würden dem Land Hes-

sen knapp 2,1 Milliarden Euro an Mehreinnahmen zukommen. Die Neuverschuldung könnte verringert und die geplanten Kürzungen vermieden werden.

Mit öffentlich finanzierter Beschäftigung wollen wir 10.000 sozialversicherungs-pflichtige und tariflich entlohnte Stellen für Langzeitarbeitslose ermöglichen. Die im Rahmen der „Operation Düstere Zukunft“ gestrichenen sozialen Beratungsangebo-te muss das Land wieder fördern.

Angesichts eines anhaltenden Mangels an Ausbildungsplätzen muss das Land Hes-sen seiner Verantwortung nachkommen, indem es die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst um 600 Stellen erhöht, mehr LehrerInnen und Polizeianwär-terInnen einstellt und die Kürzungen bei der Förderung der so genannten Altbewer-ber zurücknimmt.

Die Lebensverhältnisse der Studierenden müssen verbessert werden, indem mit ei-nem Landesprogramm die Studentenwohnheime saniert und die Studentenwerke aufgabengerecht finanziert werden. Das Schulsystem wollen wir durch kleine Klas-sen mit Ganztagsangeboten und vernünftiger sozialpädagogischer Betreuung verbessern. Dafür sind erheblich mehr Mittel notwendig, um Lehrerinnen und Leh-rer auszubilden und einzustellen.

Die Landesregierung lässt jeglichen Ansatz zu einer ökologischen Wende in der Verkehrspolitik vermissen. Dazu würde eine offensive Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gehören. Wir fordern die Einführung eines Sozialti-ckets für den ÖPNV in Hessen. Einen Beitrag zum Umweltschutz könnte das Land im Verkehrsbereich selbst leisten, indem der Landesfuhrpark auf schadstoffarme Fahrzeuge umgestellt würde.

Im Bereich öffentlicher Dienstleistungen wollen wir den Trend zu Privatisierungen umkehren. Deshalb sollen sämtliche PublicPrivatePartnership-Vorbereitungen ein-gestellt werden. Zudem plädieren wir dafür, ein Kompetenzzentrum Re-Kommuna-lisierung zu schaffen und die Arbeitszeitreduzierung der Landesbeamten voranzu-treiben. Der Wiedereinstieg in die Tarifgemeinschaft der Länder ist ein Muss.

Das Land Hessen leistet sich unnötige und teure Prestigeprojekte. Projekte wie beispielsweise das Ferienressort Schloss Beberbeck, den Flughafen Kassel-Calden und eine aufgeblähte Landesvertretung in Berlin braucht niemand. Sie tragen nicht dazu bei, Hessen sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Mitentscheidend für die Lebensqualität der Menschen in Hessen ist die Handlungs-fähigkeit der Kommunen. Durch die Kürzungen der Landesregierung wird es in vie-len Kommunen zu Gebührenerhöhungen kommen. Kindergärten werden teurer, Zuschüsse für Vereine gestrichen und öffentliche Leistungen gekürzt. Die Lebens-qualität wird sinken. Deshalb müssen den Kommunen die Mittel zukommen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen – die Kürzungen der Landesregierung lehnen wir ab, sie sind unsozial und überflüssig.

Kommunale Finanzsituation

Die Finanzlage der hessischen Kommunen ist alarmierend. Im Jahr 2011 werden ihre Einnahmen noch immer nicht wieder auf dem Niveau des Jahres 2008 liegen. Neben den Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die sich auch im kommenden Jahr auf die Einnahmen der Kommunen auswirken wird, etwa bei der Gewerbesteuer, belastet vor allem die Politik der Landesregierung die Kassen von Städten und Gemeinden.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren immer wieder Steuersenkungen mitgetragen, die sich dauerhaft auf die Einnahmen der Kommunen auswirken. Allein im Jahr 2010 führen die Steuersenkungen seit 1998 zu Einnahmeverlusten von 1,2 Milliarden Euro.

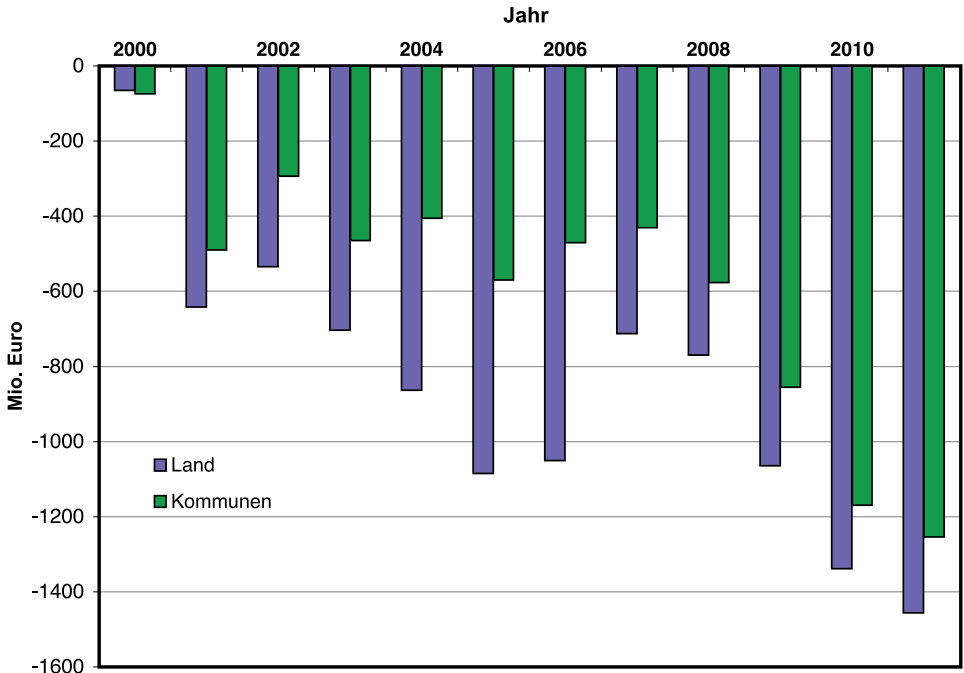


Abb. 2 Die steuerreformbedingten Ausfälle beim Land Hessen und den hessischen Kommunen aufgrund von Steuergesetzänderungen seit 1998 von 2000 bis 2011 (mit Berücksichtigung von LFA und KFA)

Verschärft wird die Bedrohung für die Kommunalhaushalte noch durch die schwarz-gelben Steuerpläne. Die Gewerbesteuer wird von CDU und FDP Stück für Stück ge-

rupft. Sie ist aber die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen.

Die Koalitionäre planen, die Erhebungsgrundlage der Gewerbesteuer nicht nur zu verkleinern: Sie soll grundsätzlich in Frage gestellt werden. Allein Hessen werden so fast 4 Milliarden Euro an jährlichen Gewerbesteuereinnahmen wegbrechen.

Weitere Kürzungen bei öffentlichen Investitionen und den so genannten freiwilligen Leistungen wären die Folge.

Damit würde das Verschern öffentlichen Eigentums durch Privatisierungen und PPP-Projekte angeheizt. Unmittelbare Folge für Bürgerinnen und Bürger: Sie werden die Haushaltslöcher durch höhere Straßenerschließungsbeiträge, durch höhere KiTa-Beiträge und durch den Verzicht auf eine solide kommunale Infrastruktur bezahlen. Es droht eine erhebliche Reduzierung der freiwilligen Leistungen der Kommunen, also weitere Streichungen bei sozialen Angeboten und Einrichtungen, bei Bibliotheken, Schwimmbädern, Kultur und der Vereinsförderung.

Die Landespolitik ist deshalb gefordert, den Kommunen finanziell den Rücken zu stärken.

Die schwarz-gelbe Landesregierung verschlimmert jedoch die chronische Unterfinanzierung der Kommunen.

Sie will 2011 den Kommunalen Finanzausgleich um 344 Millionen Euro kürzen. Dahinter steckt der Versuch, den durch ein Jahrzehnt der Steuergeschenke für Reiche ausgezehrten Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Die Zukunftsaufgaben hessischer Landespolitik im Bereich der Erziehung, Bildung sowie der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge müssen solide finanziert werden.

Unsere Vorschläge: Wir brauchen den Umbau der kommunalen Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer und damit die Verbreiterung der Einnahmegrundlage. Denn durch die Einbeziehung aller Selbstständigen würde das Aufkommen der Gewerbesteuer vermehrt statt gekürzt!

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer von 1% bei einem Freibetrag von 500.000 Euro würde den Kommunen jährlich weitere 300 Millionen Euro an Mehreinnahmen bringen.

Mit unseren Initiativen zeigen wir Alternativen für ein sozial gerechtes Hessen auf, die durch eine solidarische Steuerreform finanzierbar sind und keine Schuldenbremse brauchen.

Gerechte Steuern bringen Mehreinnahmen

Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Vermögensteuer, Steuervollzug

+2.100 Mio. Euro

Die Steuerpolitik seit 1998 kannte nur eine Richtung: Steuersenkungen. Dabei wurden vor allem Menschen mit hohem Vermögen und großen Erbschaften entlastet. Durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer kann das Land Mehreinnahmen von 1.200 Millionen Euro erhalten. Dabei werden Vermögen von mehr als 500.000 Euro mit 1% belastet.

Auch durch die Umgestaltung der Erbschaftsteuer zu einer Großerbensteuer kann das Land seine Einnahmen verbessern. Durch die höhere Besteuerung großer Erbschaften könnte Hessen 599 Millionen Euro Mehreinnahmen realisieren.

Die moderate Anhebung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 4,5% würde zu einer Verbesserung der Einnahmen um 137 Millionen Euro führen.

In Hessen ist der Steuervollzug nur mangelhaft. Vor allem dort, wo Steuerfahndung besonders erfolgreich sein könnte, fehlt es häufig an Personal. Damit Steuersünder konsequent verfolgt werden können, ist eine Aufstockung des Personals in der Steuerfahndung notwendig. Die Einstellung von 100 zusätzlichen Steuerfahndern würde Hessen Mehreinnahmen von 160 Millionen Euro einbringen.

Unsoziale Kürzungspolitik zurückweisen

+285 Mio. Euro

Die Landesregierung kürzt in allen Bereichen rabiat. Insgesamt streicht das Land über 600 Millionen Euro. Diese Kürzungen werden sowohl die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch die Menschen, die auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind, spüren. Bei Bildung, Sozialem und den Kommunen versucht Schwarz-Gelb, auf Kosten der Bürgerinnen und Bürgern zu kürzen.

Wir lehnen diese Rotstiftspolitik ab. Hessen ist bereits jetzt unterfinanziert und weitere Einschnitte im öffentlichen Bereich sind nicht tragbar.

Zudem ist es wichtig, die immer noch schwierige Wirtschaftslage nicht weiter dadurch zu verschärfen, dass die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden. Dadurch werden im nächsten Jahr öffentliche Aufträge wegfallen und so Arbeitsplätze gefährdet.

Keine Haushaltssanierung auf Kosten der Kommunen

+344 Mio. Euro

Die extrem angespannte Lage der kommunalen Haushalte erfordert, dass das Land seiner Verantwortung gegenüber den Städten, Gemeinden und Kreisen gerecht wird. Die Landesregierung aber versucht sogar, ihren eigenen Haushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Die Kürzungen bedeuten, dass die Kommunen ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können und zudem noch Gebühren erhöhen

müssen. Kindergärten werden teurer, die öffentliche Verwaltung wird noch stärker belastet und viele soziale Einrichtungen sind in ihrem Fortbestand gefährdet. Durch die von uns vorgeschlagenen Mehreinnahmen kann auf eine unsoziale kommunal-feindliche Politik verzichtet werden.

Soziales – Arbeit – Integration

Gegen soziale Kälte – Sozialetat aufstocken

+40 Mio. Euro

Seit 2004 wurden durch die Kürzungen der Landesregierung während der „Operation Düstere Zukunft“ die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte deutlich gekürzt. Bei steigenden Aufgaben und Kosten leidet die Arbeit der Einrichtungen unter der dauerhaften Unterfinanzierung.

Wir stellen uns dieser sozialen und kulturellen Verödung entgegen. Beratungsstellen, Seniorentreffs und soziokulturelle Zentren werden auch weiterhin dringend gebraucht.

Soziale Teilhabe sichern – HessenCard einführen

+80 Mio. Euro

Die Kosten der Monatstickets im ÖPNV sollen für die von niedrigem Einkommen betroffenen Menschen reduziert werden.

Wir wollen ein Ticket zum Preis von 15 Euro im Monat für finanziell Benachteiligte einführen. Diese HessenCard soll zukünftig weiterentwickelt werden, sodass auch Sozialrabatte der kommunalen Einrichtungen (Bibliotheken, Bäder etc.) sowie Kultureinrichtungen (Kinos, Theater etc.) mit der HessenCard genutzt werden können. Wir wollen auch Vereine und Unternehmen dazu gewinnen, sich an solchen Sozialermäßigungen zu beteiligen.

Soziale und regionale Beschäftigung finanzieren

+108,1 Mio. Euro

Hartz IV und Ein-Euro-Jobs haben nicht zu mehr Beschäftigung geführt, sondern zu schlechteren Vermittlungsquoten und zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Wir wollen die ca. 10.000 hessischen Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. Diese Stellen sind mit mindestens 10 Euro Stundenlohn zu entlohnen. Sie müssen Existenzsichernd sein. Schwerpunkt sollen soziale und kulturelle Projekte sowie die strukturschwachen und von starker Abwanderung betroffenen Regionen sein. Ohne politisches Eingreifen werden diese Gegenden in den nächsten Jahren vor massiven strukturellen Problemen stehen.

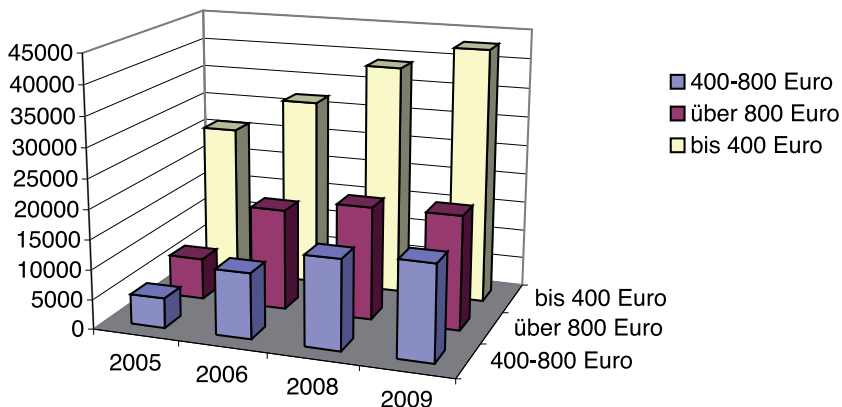


Abb. 3 Erwerbstätige Hartz-IV-BezieherInnen in Hessen in den Jahren 2005, 2006, 2008, 2009

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufklären und verhindern +1 Mio. Euro

Um der Aufgabe der Aufklärung, Prävention und der Betreuung von Opfern sexueller Gewalt besser als bisher gerecht werden zu können, reicht die vorgesehene Erhöhung der Mittel nicht aus. Wir fordern insgesamt 15 neue Stellen im Bereich der Jugendhilfe sowie die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur.

Der Spaltung zwischen arm und reich entgegentreten – Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“

+1,8 Mio. Euro

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schlägt sich auch in Form räumlicher Trennung nieder: Reichenviertel auf der einen, so genannte soziale Brennpunkte auf der anderen Seite.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollte dem entgegenwirken – durch Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung, der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe. Der Bundesanteil wurde von Schwarz-Gelb Ende 2010 zusammengestrichen – trotz Mahnungen u.a. des Deutschen Städtetages. Wir fordern, das Programm zu verstetigen und auszuweiten. Hierbei sind auch dauerhafte Stellen zu schaffen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten liegen.

Bildung – Wissenschaft – Kunst

„Qualitätsoffensive Bildung“: für kleinere Klassen, Ganztagschulen, 100%ige Unterrichtsabdeckung und bessere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen

+473 Mio. Euro

Wir wollen eine emanzipatorische Bildungspolitik, die dem Ziel der Chancengleichheit verpflichtet ist. Dazu müssen wir mehr qualifiziertes Personal an die Schulen bringen.

Perspektivisch sind weit über 10.000 zusätzliche Stellen notwendig, von denen 7.000 sofort geschaffen werden sollen. Die Stellen verteilen sich auf folgende Einzelmaßnahmen:

- Hessenweit nehmen regional ausgewogen 300 Schulen den Betrieb als rhythmisierte, gebundene Ganztagschulen auf: +2.500 Stellen.
- Echte 100%ige Lehrerzuweisung statt Regierungstrickserei: +2.500 Stellen.
- Um mittelfristig die Größen aller Klassen um mindestens 20% zu verkleinern, wird in einem ersten Schritt die so genannte „Sternchenregelung“ abgeschafft. Die Ausnahmeregel, dass alle Klassen gegen geltende Bestimmungen noch drei Schülerinnen und Schüler mehr aufnehmen können, entfällt somit: +1.000 Stellen.
- Wegen der deutlichen Zunahme von Zusatzaufgaben für Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen muss die Pflichtstundenregelung angepasst werden: +1.000 Stellen.
- Sind die Stellen nicht gleich zu besetzen, müssen die hierfür vorgesehenen Mittel solange in die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern investiert werden, bis das notwendige Personal vorhanden ist.
- Zudem ist die schrittweise Errichtung einer qualifizierten 10%igen Vertretungsreserve nötig, die bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen soll: + 5.500 Stellen.



„Qualitätsoffensive Kinderbetreuung“: Gute Bildung und Betreuung von Anfang an – bessere Erzieherinnen- und Erzieher-Kind-Relation und kleinere Gruppen in Kindertagesstätten **+180 Mio. Euro**

Bildung und Erziehung sind der Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Das beginnt bereits in den Kindertagesstätten. Dort sind mittelfristig sowohl eine Verbesserung der Erzieherinnen- und Erzieher-Kind-Relation als auch eine generelle Verkleinerung aller bisherigen Gruppengrößen notwendig. Unser Ziel ist die Betreuung einer Gruppe mit jeweils höchstens 20 Kindern durch zwei qualifizierte Vollzeitkräfte. In einem ersten Schritt sind hierfür mindestens 7.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig.

Qualitativ hochwertige Schülerbeförderung für alle **+30 Mio. Euro**

Wir wollen, dass die Kosten der Beförderung zu den Schulen für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Oberstufe landesweit in vollem Umfang übernommen werden. Damit folgen wir der Forderung von Landeselternbeirat und Landesschülervertretung. In einem ersten Schritt sollen hierfür 30 Millionen Euro als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme der Kommunen sowie die Erstattung der notwendigen Kosten für die G8-Schülerinnen und -Schüler, die jetzt die 10. Klasse besuchen, zur Verfügung gestellt werden.

Sofortprogramm für ein Unterrichtsfach**„Deutsch als Zweitsprache“****+25 Mio. Euro**

Zur verstärkten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund fordern wir ein Programm zur Stärkung von „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) und die Schaffung von 500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer.

Bessere Prävention und Integration durch Ausbau**von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst****+20,2 Mio. Euro**

Der notwendige Ausbau von Ganztagschulen, die Anforderungen durch Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern je 250 zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie 250 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen für Hessens Schulen.

Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) ausbauen**+1,6 Mio. Euro**

Wir fordern den Erhalt und die Ausweitung des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“ von 70 auf 140 Schulen. Die Landesregierung plante, dieses nach einjähriger erfolgreicher Laufzeit schon wieder abzuschaffen.

Versteckte Gebühren abschaffen –**Lernmittelfreiheit sicherstellen****+12 Mio. Euro**

An vielen hessischen Schulen wird eine „Kopierpauschale“ für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Bildung für alle statt Eliteschmieden für Privilegierte**-856.000 Euro**

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen 30 Millionen Euro gekürzt werden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab. Eine solche Einrichtung sollte nicht durch staatliche Mittel unterstützt werden.

Hochschulknelpakt rückgängig machen**+30 Mio. Euro**

In Zeiten massiven Studienplatzmangels und gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen kürzt die Landesregierung den staatlichen Hochschulen die Mittel um 30 Millionen Euro. Diese Kürzung führen unter anderem zu gravierenden Verschlechterungen der Qualität und zu Personalabbau. Wir lehnen sie deshalb ab.

Hochschulmittel pro StudentIn (inflationsbereinigt)

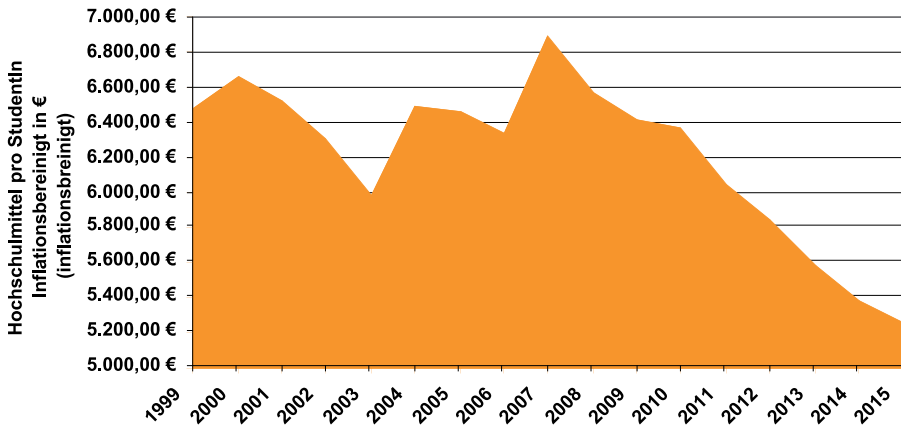


Abb. 4 Die zu erwartenden Folgen des hessischen Hochschulpaktes 2010 – 2015

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden

+ 10 Mio. Euro

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine Erhöhung der Landeszuschüsse auf 30% nötig.

Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen

+ 150 Mio. Euro

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm: RundErneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen) fordern wir ein STEURRESA (STudierendenwerks-Entwicklungs- und Umbauprogramm: RENovierung und SANierung in Hessen) zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

Kultur darf nicht zum Privileg für Reiche werden – Kürzungen im Kulturretat rückgängig machen

+350.000 Euro

Im Rahmen des Kürzungsprogramms Operation „Düstere Zukunft“ wurde im Kulturbereich, insbesondere bei der Künstlerförderung und den kleinen Theatern gekürzt. Das wollen wir rückgängig machen. Die zusätzlichen Mittel sollen zur regionalen Kulturförderung, zur Förderung von freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren verwendet werden.

Wirtschaft - Verkehr

Förderung der Ausbildungsverbünde erhalten

+2,01 Mio. Euro

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbänden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Die Landesregierung hat den Zuschuss an diese Verbände im Haushalt 2011 um rund 2 Millionen Euro gekürzt und drängt so Ausbildungsverbände in existenzielle Nöte.

... und Altbewerberförderung erhalten

+8,27 Mio. Euro

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhalten bleiben. Die Landesregierung hat ihnen wiederholt die Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Fällen in Hessen darf der Etat im Landeshaushalt nicht auf Kosten dieser jungen Menschen gekürzt werden.



Nachhaltig wirtschaften – sozial-ökologisches Beschaffungswesen

+21 Mio. Euro

Land und Gemeinden sind zusammen die größten Kunden der Privatwirtschaft. Sie können ihre Aufträge an die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstan-

dards knüpfen, an die die beauftragten Unternehmen gebunden sind. Um die Einhaltung dieser Auflagen wirksam zu überwachen und Verstöße gegen arbeitsrechtliche, tarifliche oder Umweltstandards zu ahnden, muss das Land 200 neue Stellen schaffen.

ÖPNV-Förderung aufstocken

+30 Mio. Euro

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs um 30 Millionen Euro erhöhen.

Beweglich bleiben – Fahrradverkehr fördern

+0,51 Mio. Euro

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor. Außerdem wollen wir Anbieter von Radfahrkursen fördern.

Nachhaltige Zukunft wagen – Projekt zum klimaneutralen Öffentlichen Personennahverkehr fördern

+14 Mio. Euro

Der ÖPNV muss das Rückgrat einer umweltfreundlichen, klima- und ressourcenschonenden Mobilität werden. Die Energieerzeugung für den Betrieb der Busse und Bahnen aus erneuerbaren Quellen und energetische Optimierung der Infrastruktur müssen ineinander greifen. Nicht zu vermeidende Treibhausgasemissionen müssen kompensiert werden, so dass die Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs klimaneutral erfolgen kann.



Keine Investitionen in Umweltverschmutzung, Klimawandel und Lärmbelastung

-500.000 Euro

Die Förderung des so genannten House of Logistics and Mobility lehnen wir ab. Die Ziele des Europäischen Luftfahrtkompetenzzentrums ECAD, das dort angesiedelt werden soll, wie die des so genannten Automobilwissenschaftlichen Zentrums AIM dienen der Forschung im Dienste von Luft- und Straßenverkehrsunternehmen. Sie fördern so die beiden umweltschädlichsten und teuersten Verkehrsarten.

Entwicklungszusammenarbeit stärken

+260.000 Euro

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen setzen sich für die Entwicklungszusammenarbeit ein. Hier geht es um soziale und ökologische Anliegen, von denen Menschen auch hier in Hessen unmittelbar betroffen sind. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Dennoch befindet sich die Förderung des Landes mit 260.000 Euro auf einem absoluten Tiefstand. Wir fordern eine Verdopplung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume

Jahrzehntelange Misswirtschaft, falsche Weichenstellungen bei der Energieversorgung, der Landwirtschaft und im Umweltschutz lassen sich über keine auch noch so gute Haushaltspolitik korrigieren. Daher können unsere Anträge auch nur exemplarisch zeigen, wo DIE LINKE Schwerpunkte setzt.

Klima- und Ressourcenschutz sind untrennbar miteinander verbunden

+ 17 Mio. Euro

Die weltweit drohenden Gefahren durch den Klimawandel stellen auch die Menschen in Hessen vor große Herausforderungen. Im Bundesdurchschnitt werden ca. 17% des Stroms aus Erneuerbaren Energien hergestellt, in Hessen nur 6%. Die Umkehr der Verhältnisse heißt Erneuerbare Energien und nicht Atom- und Kohlestrom. Die Energieversorgung darf nicht wenigen Großkonzernen überlassen werden. Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung der Entwicklung erneuerbarer Energieträger und umweltfreundlicher Verfahrenstechniken. Die Verfügung über die Energienetze muss demokratisch kontrolliert werden. Rückkauf und Förderung der kommunalen Infrastruktur zur Energieversorgung sind dabei zentrale Anliegen. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus einer Grundwasserabgabe (ca. 85 Millionen

Euro). Hieraus soll auch die wichtige Arbeit der Wasser- und Bodenverbände unterstützt werden.

Energie umwandeln – Klärwerke zu Biomassekraftwerken +46 Mio. Euro

Die 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20% des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. Wir wollen die energetische Optimierung der kommunalen Klärwerke in Hessen in den kommenden fünf Jahren mit 46 Millionen Euro anschieben.

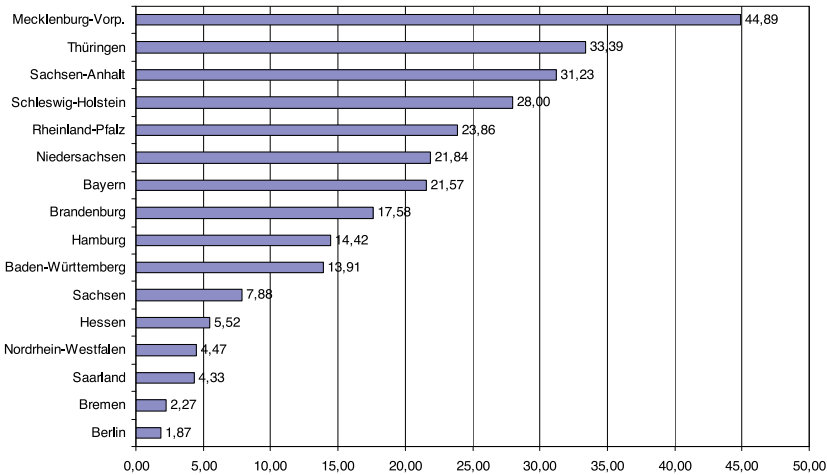


Abb. 5 Hessen fällt im Bundesvergleich weit ab: Anteil Erneuerbarer Energien (ohne Abfall) an der Stromerzeugung 2008

Umwelt und Ressourcen schützen – neue Arbeitsplätze schaffen – integrierte Entwicklung der ländlichen Räume +12 Mio. Euro

Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie zur Erholung zu. Gleichzeitig mangelt es an einer Infrastruktur, die die Einkommensbedingungen und die Lebensqualität der Menschen fördert. Für 2011 planen wir eine Anschubfinanzierung von 10 Millionen Euro in Infrastrukturmaßnahmen und eine ökologisch nachhaltige Flächennutzung. Die Investitionen müssen in den nächsten Jahren mit größeren Beträgen weitergeführt werden.

Gefördert werden sollen insbesondere ökologischer Landbau, standortangepasste Grünlandextensivierung, Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen in den Kommunen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Naturpark Reinhardswald schaffen

Der Reinhardswald ist das größte geschlossene Waldgebiet Hessens. Mit seiner bemerkenswerten Kultur- wie Siedlungsgeschichte, den eindrucksvollen Flusslandschaften an Diemel und Weser, dem spektakulären Kalk-Magerrasen entlang der Diemel und den bundesweit einmaligen historischen Hutewäldern, dem „Urwald Sababurg“ sowie zahlreichen Naturschutz- und FFH-Gebieten muss er zum Naturpark werden. Darüber hinaus ist die Errichtung eines Naturparks zur Förderung eines sanften, ökologisch angepassten Tourismus für die Region von wirtschaftlich großer Bedeutung. Die Mittel können aus den 30 Millionen Euro für das ehemalige Spekulationsprojekt Ferienressort Beberbeck genommen werden.



Mehr Beschäftigung in der Forstwirtschaft und Umweltbildung +7 Mio. Euro

Nach den Kürzungen durch die Landesregierung in den letzten Jahren müssen für die Arbeiten im Forst 200 neue Waldarbeiter und 100 Auszubildende eingestellt werden. Zusätzlich müssen jeder Revierförsterei mindestens ein/e ForstwirtschaftlerIn zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen. Nur so können sie den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einer, seitens der LINKEN unterstützten, Zertifizierung der hessischen Wälder nachkommen.

Verbraucherschutz ausweiten – Verbraucherrechte stärken +1,6 Mio. Euro

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. 50 Cent pro EinwohnerIn sind für die Beratungstätigkeiten der Verbraucherschutzzentralen mindestens notwendig, was für Hessen eine Verdopplung der Mittel bedeuten würde.

Gesundheit schützen – Lärmschutz umfassend ausbauen +10,5 Mio. Euro

Die Lärmkartierungen und die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen für Ballungsräume in den letzten Jahren haben nachdrücklich die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung aufgezeigt. Lärmschutz, z.B. die Einhausung an der Autobahn 661 in Frankfurt, im Rheintal oder der A 5, muss vom Land stärker finanziert werden. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm müssen in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden.

Gesamtbelastungsstudie qualifizieren, Gesundheitsstudie für Fluglärm

+845.0000 Euro

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Biomonitoring. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden soll ein solches Programm erarbeitet werden. Eine unabhängige Studie zur Gesundheitsgefährdung durch den Fluglärm im Rhein-Main-Gebiet ist für die Planung der Gesundheitsversorgung und Vorsorge unabdingbar.

Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration

Förderung von Privatisierung beenden!

-250.000 Euro

In der Zeit unter Koch-Bouffier wurde Hessen zu einem Musterland der Privatisierung umgewandelt. Öffentliche Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert. Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP), die nachweislich immense Verluste und Verschuldung für die Öffentliche Hand bedeuten, werden mit Millionen an Steuergeldern auch noch bezuschusst. Wir wollen diesen Prozess umkehren. Das

so genannte „Kompetenzzentrum PPP“ soll aufgelöst und ein „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ geschaffen werden.

Re-Kommunalisierung: regional, nachhaltig, transparent +250.000 Euro

Re-Kommunalisierung beschreibt einen Trend, bei dem Kommunen Leistungen wieder selbstständig, dezentral und in regionalen Wirtschaftskreisläufen organisieren. Sie gewinnen damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen vor Ort zurück. Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt profitieren von kurzen Transportwegen und transparenten Leistungen. Das Land soll Kommunen mit dem „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ qualifiziert beraten, wie sie beispielsweise Energie- und Wasserversorgung in regionalen Wirtschaftskreisläufen neu organisieren können.

Nein zum Überwachungsstaat – für eine freie Gesellschaft -2,2 Mio. Euro

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Der Hessische Verfassungsschutz wurde in einem Sicherheitswahn völlig unverhältnismäßig aufgebläht: Allein seit 2006 wurden ihm jedes Jahr über 25% mehr Mittel zugewiesen, während in allen anderen Bereichen wie Polizei und Kommunen immer weiter gekürzt wird. Wir wollen eine Kürzung der Mittel zurück auf das Niveau von 2006. Die freiwerdenden Mittel sollen für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitgestellt werden.

Neofaschismus bekämpfen – zivilgesellschaftliches Engagement fördern!

+2,2 Mio. Euro

Hessen hat insbesondere im ländlichen Raum mit neo-faschistischen Strukturen und Gewalt zu kämpfen. Wir wollen die freiwerdenden Mittel des Verfassungsschutzes für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neo-Faschismus widmen.

Polizei ausbilden statt unqualifizierte Helfer anheuern! -360.000 Euro

Wird die Polizei gebraucht, dann erwarten Betroffene zu Recht schnelle und qualifizierte Hilfe. Statt aber den Personalbedarf der Polizei ausreichend zu decken, wurde der freiwillige Polizeidienst in Hessen eingeführt: Gering bezahlte „Stadtpolizisten“ werden nach einem Crashkurs in Uniform auf die Straße geschickt. Im Ernstfall sind sie weder qualifiziert noch legitimiert einzuschreiten, obwohl sie aussehen wie Polizisten. Wir wollen den freiwilligen Polizeidienst beenden und die freiwerdenden Mittel in die Polizeiausbildung investieren.

Überstunden und Belastung abbauen – Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten

+2 Mio. Euro

Auch die Hessische Polizei musste unter Personalkürzungen massiv leiden, sodass einzelne Dienststellen kaum noch zu besetzen sind. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärterinnen und Anwärtern auf 600 Stellen pro Jahr. So kann innerhalb der nächsten Jahre mehr Personal in die Dienststellen kommen und die Schließung von Polizeidienststellen im ländlichen Raum verhindert werden.

Arbeitszeitreduzierung und Tarif-/Besoldungserhöhungen! **+216 Mio. Euro**

Die hessischen Beamtinnen und Beamten haben mit 42 Wochenstunden die längste Wochenarbeitszeit. Wir wollen, dass diese Arbeitszeit, wie bei den Tarifbeschäftigten, auf 40 Stunden reduziert wird. Der Haushalt enthält keine zusätzlichen Finanzmittel für die im Januar anstehenden Tarifverhandlungen. Die dann vereinbarten Tarifergebnisse sind zwar rechtlich zwingend, sie sollten aber zumindest teilweise bereits im Haushalt berücksichtigt werden.

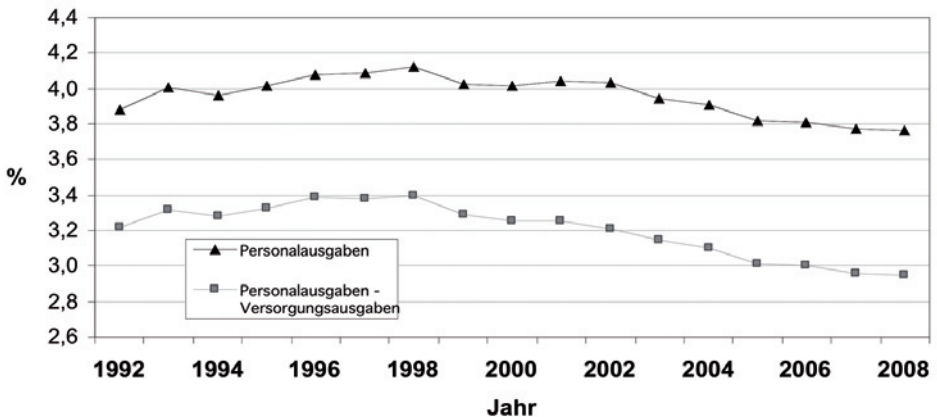


Abb. 6 Personalausgabenquote des Landes Hessen 1992 – 2008

Stärkung der Sozialgerichte durch mehr Personal

+1,2 Mio. Euro

Gerichte als unabhängige Kontrollinstanzen müssen staatliches Handeln immer überprüfen können, um so die Einzelnen vor ungerechtfertigten Eingriffen zu schützen. Diese Aufgabe können sie aber nur erfüllen, wenn sie hinreichend ausgestattet sind. Nicht nur die Sozialrichterinnen und -richter sind aufgrund des desolaten Zustands auf dem Arbeitsmarkt und den Hartz-IV-Gesetzen einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt. Auch die Beschäftigten im Justizverwaltungsdienst sind von dieser hohen Arbeitsbelastung betroffen. Wir fordern zwölf zusätzliche So-

zialrichterInnenstellen und sechs Stellen im Justizverwaltungsdienst, um den Anspruch der Rechtsuchenden auf zeitnahe und qualifizierte Rechtsprechung sicherzustellen und die Beschäftigten zu entlasten.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – menschenwürdige und gesunde Verpflegung im Strafvollzug +4,5 Mio Euro

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung. Das bedeutet (Wieder)eingliederung in die Gesellschaft. Grundvoraussetzung für eine gelingende Resozialisierung ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der inhaftierten Menschen. Für den Einkauf von Lebensmitteln werden in Hessen pro Inhaftierten je Hafttag 2,06 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern – als Beginn – eine Verdoppelung der für den Einkauf von Lebensmitteln zur Gefangenenverpflegung bereit gestellten Gelder.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – mehr Personal im Strafvollzug +2,2 Mio. Euro

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene lernen, in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen. Wirksame Resozialisierung setzt u.a. die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie sowie durch begleitetes Verlassen der JVA. Um dies in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes sind auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Inhaftierten. Wir fordern 50 zusätzliche Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst, um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Beschäftigten zu entlasten.

Rückverstaatlichung der privatisierten Dienste in der JVA Hünfeld -5,4 Mio. Euro

Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und gehört deshalb nicht in die Hände privater Dienstleister. Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, die von Staatsbediensteten ausgeführt werden muss. In Zukunft müssen Privatisierungen ausgeschlossen werden bzw. sind wieder rückgängig zu machen. Dienste, die in privater Trägerschaft erbracht werden, sind auf das Land Hessen zurück zu übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten zu erbringen. Wir fordern deshalb, die Mittel für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld aus dem Haushalt zu streichen und an anderer Stelle einzusetzen.

Integration fördern – gleichberechtigte Teilhabe in Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit

+2,4 Mio. Euro

Integration braucht einen systematischen zielgruppenorientierten Förderansatz. Einen ersten Schritt in diese Richtung macht die Landesregierung mit dem neu entwickelten Programm „Modellregion Integration“, das im Haushaltsjahr 2010 startete. Ausgewählt wurden jedoch nur vier Städte und zwei Landkreise von 17 Bewerbern – obwohl alle nach Feststellung des Ministeriums gleichermaßen erfolgversprechende Bewerbungen abgegeben hatten.

Um das Ziel Integration in Hessen durch gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbstätigkeit glaubwürdig umzusetzen, wollen wir, dass die bisher nicht beachteten elf Bewerber jetzt noch mit gleichen Möglichkeiten als „Modellregion Integration“ einsteigen können.

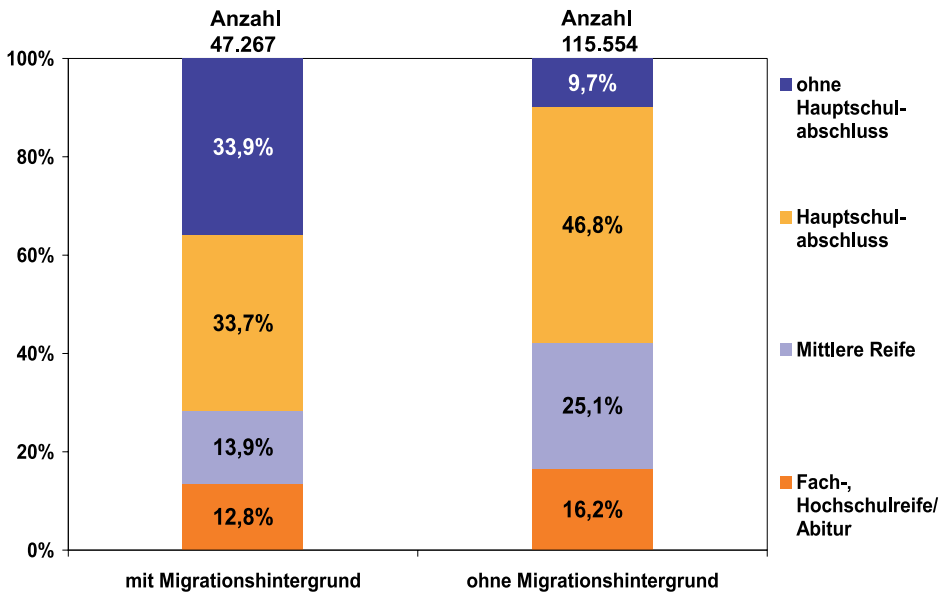


Abb. 7 Arbeitslose mit und ohne Migrationshintergrund, nach Schulabschluss, Hessen, März 2009, in Prozent*

Übersicht: LINKE Initiativen für den Landeshaushalt 2011

I Einnahmenseite:

Mehreinnahmen:

Vermögensteuer	1,2 Mrd. Euro
Erbschaftsteuer	600 Mio. Euro
Gewässerschutzabgabe	85 Mio. Euro
Grunderwerbsteuer	137 Mio. Euro
Steuervollzug	160 Mio. Euro

2,182 Mrd. Euro

Einsparungen:

Landesvertretung im Bund	- 3,9 Mio. Euro
Umwelthaus	- 1,1 Mio. Euro
Zuschuss „Flughafen Rhein-Main für die Region“	- 2,2 Mio. Euro
Erstausrüstung Freiwilligenpolizei	- 0,36 Mio. Euro
Kürzung Verfassungsschutz auf Ist 2006	- 2,2 Mio. Euro
PPP-Vorhaben/Projekte	- 5,2 Mio. Euro
EBS – Finanzierung	- 6,2 Mio. Euro
AIM (Automobilwissenschaftliches Zentrum)	- 0,3 Mio. Euro
HoLM (House of Logistics and Mobility)	- 1 Mio. Euro
EACD (Luftverkehrszentrum)	- 0,2 Mio. Euro
Beberbeck	- 30 Mio. Euro
„Biersteueranteil des an Österreich nach Art. 12 des Vertrages vom 02.12.1890 abzuführenden Anteils am Zoll- und Verbrauchsteueraufkommen“	-3 Tsd. Euro

49,7 Mio. Euro

II Ausgabenseite:

Ministerium des Inneren und für Sport:

Kompetenzzentrum Rekommunalisierung	0,25 Mio. Euro
Aufbau Netzwerk gegen Rechtsextremismus	2,2 Mio. Euro
Mehr Polizeianwärter	2 Mio. Euro

Kultusministerium:

Schulpsychologen	15,6 Mio. Euro
Kleinere Schulklassen	304,2 Mio. Euro
Lernmittelfreiheit	12 Mio. Euro
Schulpsychologische Betreuung plus	15,57 Mio. Euro
Ausbau Schulsozialarbeit	4,58 Mio. Euro
Ganztagserschulprogramm	168,8 Mio. Euro
Stärkung Deutsch als Zweitsprache	25 Mio. Euro
JEKI – „Jedem Kind ein Instrument“	1,6 Mio. Euro
Schülerbeförderung	30 Mio. Euro

Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Bessere Versorgung in Gefängnissen	4,5 Mio Euro
Mehr Sozialrichter	1,25 Mio. Euro
Ausbau „Modellregion Integration“	2,24 Mio. Euro
Zusätzliche Vollzugsbeamte	2,2 Mio. Euro

Ministerium der Finanzen:

Umsetzung Vergabegesetz/Korruptionsschutz	21 Mio. Euro
100 Stellen für Steuerfahndung	6,220 Mio. Euro

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ausbau Entwicklungspolitische Kooperation	0,26 Mio. Euro
Verstärkung Erstausbildungsprogramm	8,27 Mio. Euro
Sozialticket	110 Mio. Euro
Mehr Rad in Hessen	0,5 Mio. Euro
Förderung überbetrieblicher Ausbildung erhalten	2 Mio. Euro
Wirtschaftsförderung	2,5 Mio. Euro

Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit:

Öffentliches Beschäftigungsprogramm	108,1 Mio. Euro
Operation „Soziales Hessen“	40 Mio. Euro
Kita-Personal-Programm	180 Mio. Euro
Opferschutz „Sexuelle Gewalt“	1 Mio. Euro

Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Umweltmonitoring qualifizieren	0,85 Mio. Euro
Verbraucherschutz stärken	1,6 Mio. Euro
Grundwasserqualität verbessern	0,5 Mio. Euro
Integrierte Entwicklung ländlicher Räume	12 Mio. Euro
Pilotprojekte Nachhaltiger ÖPNV	14 Mio. Euro
Energetische Sanierung von Klärwerken	25 Mio. Euro
Landesprogramm Regenerative Energie	17 Mio. Euro
Natura 2000	2 Mio. Euro
Hessen-Forst ausbauen	7,04 Mio. Euro
Naturpark Reinhardswald	5 Mio. Euro

Ministerium für Wissenschaft und Kunst:

STEURESA (Sanierungsprogramm)	160 Mio. Euro
Ausbau Kulturförderung	1 Mio. Euro

III Ergebnis:

Es verbleiben 215 Mio. Euro für die Senkung der Nettokreditaufnahme.

Quellenangaben

1. Umschlagseite © monique delatour; www.fotolia.com

Seite 4 DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Seite 14 © cynoclub; www.fotolia.com

Seite 17 © Gina Sanders; www.fotolia.com

Seite 18 © Marcel Schauer; www.fotolia.com

Seite 21 © Nik Frey; www.fotolia.com

Abb. 1 aus: Donhauser, Stefan: Volkseinkommen, Arbeitnehmerentgelte sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen – Funktionale Einkommensverteilung in Hessen 1991 – 2008; Hessisches Statistisches Landesamt

Abb. 2 Steuerbedingte Einnahmeverluste der Öffentlichen Hand, Kai Eicker-Wolf, DGB

Abb. 3 Zahlen aus: Antwort der Hessischen Landesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drs. 18/2997, S. 103, 108, 113, 118; eigene Darstellung

Abb. 4 Die zu erwartenden Folgen des hessischen Hochschulpaktes 2010 – 2015 eigene Darstellung und Berechnung

Abb. 5 aus: Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2010, Indikatoren und Ranking; Forschungsprojekt des DIW Berlin und des ZSW Stuttgart im Auftrag und in Kooperation mit der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. Berlin

Abb. 6 Personalausgabenquote 1992 – 2008 (in % des BIP); Kai Eicker-Wolf, DGB

Abb. 7 aus: Ein erster Blick: Migranten am Arbeitsmarkt in Hessen; Vortrag von Dr. Carola Burkert von der Enquetekommission „Integration und Migration in Hessen“ des Hessischen Landtages am 26. Februar 2010

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-3506090

Fax: 0611-3506091

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG